

## KURZMELDUNGEN

Fournier  
FinDel-Vize

**BERN** | Der Schwyzer SVP-Nationalrat Pirmin Schwander präsidiert ab dem 1. Januar die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte (FinDel). Vizepräsident wird Ständerat Jean-René Fournier (CVP/VS), wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. Die weiteren Mitglieder der Delegation sind Nationalrätin Marina Carobbio (SP/TI), Nationalrat Albert Vitali (FDP/LU), Ständerätin Anita Fetz (SP/BS) und Ständerat Raphaël Comte (FDP/NE). Der Finanzdelegation obliegt die Prüfung und Überwachung des Finanzhaushalts des Bundes. Sie verfügt über besoldungs- und kreditrechtliche Kompetenzen, nimmt von den Revisionsberichten der Finanzkontrolle Kenntnis, übt Aufsicht über die Finanzpolitik des Bundesrats aus und kann Mitberichte zu Botschaften des Bundesrats an Kommissionen verfassen. | sda

Sammelfrist  
läuft

**BERN** | Die Urheber der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» haben bis zum 29. Mai 2018 Zeit, die nötigen 100 000 Unterschriften einzureichen. Die Frist wurde im Bundesblatt veröffentlicht. Die Initiative entspreche den gesetzlichen Formen, schreibt die Bundeskanzlei. | sda

## Vierter Streiktag

**NEUENBURG** | Die Neuenburger Lehrer haben am Mittwoch zum vierten Mal aus Protest gegen das neue Lohnmodell der Regierung ihre Arbeit niedergelegt. Rund 400 Personen versammelten sich auf dem Schloss in Neuenburg, wo die Verhandlungen mit der Regierung stattfanden. Sie trotzten dabei der Kälte und fanden sich schon zu Beginn der Verhandlungen um 7.00 Uhr ein. Von der Kantonsregierung richtete Präsident Jean-Nat Karakash (SP) einige Worte an die Demonstranten. Die Bilanz der Gewerkschaften fiel gemischt aus. | sda

## Höhere Strafe

**LIESTAL** | Über elf Jahre hat sich ein Baselbieter Treuhänder und früherer Kirchgemeindepäsident 2,6 Millionen Franken für ein Leben in Saus und Braus ergaunert. Jetzt muss der 58-Jährige fünf Jahre hinter Gitter. Das Urteil wurde von der zweiten Instanz verschärft. Das Kantonsgericht Baselland hat am Mittwoch die vom Strafgericht im November 2015 verhängte Freiheitsstrafe von vier Jahren um ein Jahr verlängert. | sda

## Ausgezeichnet

**ZÜRICH** | Der ehemalige ETH-Student Bill Morandi wird mit dem Ruzicka-Preis 2016 ausgezeichnet. Morandi ist am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung tätig und hat mit Erfolg neue Konzepte in der Katalyse entwickelt. Mit dem Ruzicka-Preis wird seit 1957 jährlich ein junger Forscher für eine hervorragende Arbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Chemie ausgezeichnet. | sda

## Bern | Bauernfreundlicher Nationalrat kürzt Ausgaben beim Bundespersonal

## Heilige Kuh Landwirtschaft

**Die bürgerliche Mehrheit aus SVP und FDP geht als Gewinnerin aus dem ersten Teil der Budgetdebatte im Nationalrat hervor: Gegenüber dem Bundesrat sprach der Rat am Mittwoch mehr Geld für Bauern und Bildung. Bluten muss dafür das Bundespersonal.**

Die grosse Kammer manifestierte zu Beginn der Beratungen zum Voranschlag 2017 sowie zum integrierten Finanzplan 2018–2020 gleich mehrmals ihren Sparwillen. Das zeigte sich etwa bei den Querschnittkürzungsvorschlägen ihrer vorbereitenden Kommission. Mit 100 zu 86 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschloss die rechte Mehrheit im Nationalrat, im kommenden Jahr 50 Millionen Franken weniger für das Bundespersonal aufzuwenden als vom Bundesrat beantragt worden war.

Grundsätzliche  
Differenzen

Der Bund müsse nicht selber Arbeitsplätze ausbauen, sondern gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, sagte Markus Hausammann (SVP/TG). Heute gebe es viele «unnütze und unnötige Stellen». Der Luzerner FDP-Finanzpolitiker Albert Vitali warnte: «Die Bundesausgaben steigen stärker als das Bruttoinlandprodukt.» Dagegen gaben die Linken zu bedenken, dass der Bundesrat bereits einen restriktiven Sparvorschlag ausgearbeitet habe. Weitere Kürzungen funktionierten nicht, denn: «Das Parlament verteilt der Verwaltung immer mehr Aufgaben und kürzt ihr gleichzeitig die Ausgaben», kritisierte Barbara Gysi (SP/SG), die Präsidentin des Personalverbandes des Bundes (PVB).

Externe Berater  
unter Druck

Davon liess sich die Rechte nicht beeindrucken, im Gegenteil: Sie froh weitere Verwaltungsgelder für die Informations- und Kommunikationstechnik auf dem Stand des Voranschlags 2016 ein. Gegenüber dem Bundesrat will der Nationalrat diesen Posten um 17 Millionen Franken kürzen. Auch hier folgte er mit 100 zu 90 Stimmen seiner Finanzkommission.

Erfolg hatte zudem ein Antrag des Zürcher FDP-Nationalrats Hans-Ulrich Bigler, der den Rotstift bei den externen Beratern ansetzen will. Für solche sollen statt 753 Millionen nur 693 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Der Rat stimmte mit 106 zu 83 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Der Bundesrat wird zudem beauftragt, die Kürzung um 8 Prozent im integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2018–2020 weiterzuführen.

Finanzminister Ueli Maurer warnte vergeblich davor, dass sich der Nationalrat damit selbst ins Bein schiessen könnte. «Externe Angestellte übersetzen beispielsweise Berichte zuhause des Parlaments.» Wenn dieser Budgetposten gekürzt werde, habe dies womöglich indirekt Konsequenzen auf den Ratsbetrieb.

Linke chancenlos  
und enttäuscht

Insgesamt setzten die Bürgerlichen rund 127 Millionen Franken an Querschnittkürzungen durch. Nur wenige Anträge der SVP scheiterten an der fehlenden Zustimmung der FDP. Dabei ging es um eine Kürzung der Personalkosten um weitere 113 Millionen Franken oder um einen Kahlschlag bei der Entwick-

lungshilfe um insgesamt 338 Millionen Franken. Trotzdem standen SP, Grüne, CVP und GLP am Ende des Tages als Verlierer da. Sie, welche den Vorschlägen des Bundesrat in weiten Teilen folgen und teilweise mehr Geld in die Verwaltung oder die Entwicklungshilfe stecken wollten. Der Solothurner SP-Finanzpolitiker Philipp Hadorn äusserte seinen Unmut bereits in der allgemeinen Aussprache vor der Detailberatung. Die Situation sei deshalb störend, weil die Bürgerlichen «wieder einmal einige Weihnachtsgeschenke für die üblichen Klientelen übrig haben, namentlich die Landwirtschaft und die Armee».

Mehr Geld  
für Landwirtschaft

Tatsächlich sprach der Nationalrat am Ende des ersten Teils der Budgetdebatte mehr Geld für die Landwirtschaft und die Bildung als der Bundesrat bean-

tragt hatte. Die Bürgerlichen setzten sich auch hier durch.

Für die Direktzahlungen sprach die grosse Kammer rund 62 Millionen Franken mehr als der Bundesrat. Die Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte nach dem sogenannten «Schoggigesetz» erhöhte sie um 27 Millionen Franken, die Beiträge an die Qualitäts- und Absatzförderung um 2,5 Millionen Franken. Die Entscheide fielen deutlich. Neben SVP und FDP stimmten auch die meisten Vertreter der Mitteparteien bauernfreundlich. «Die Landwirtschaft hatte in den vergangenen Jahren eine stabile Ausgabenentwicklung», sagte Markus Hausammann. Nur die Linken und Bundesrat Maurer plädierten dafür, dass auch die Bauern ihren Sparbeitrag leisten sollten. «Sie profitieren wie andere vom tiefen Eurokurs», sagte Maurer. Vom Sparwillen des Nationalrats ebenfalls ausgenommen ist die

Bildung, Forschung und Innovation. Hier will die grosse Kammer im Einklang mit früheren Beschlüssen mehr ausgeben als der Bundesrat. Nur die SVP stellte sich dagegen.

## Bildung stärken

Die Grundbeiträge für Universitäten sollen um 14 Millionen Franken, jene für Fachhochschulen um 10 Millionen Franken aufgestockt werden. Die ETH soll 40 Millionen Franken mehr Geld zugesprochen bekommen. Auch die Forschungseinrichtungen sollen 10 Millionen Franken mehr erhalten. Die Debatte zum Budget geht am Donnerstagmorgen weiter. Zu reden geben dürften die Asylkosten sowie die Schuldenbremse. Um deren Regeln einhalten zu können, will der Bundesrat 400 Millionen Franken als ausserordentliche Ausgaben verbuchen. Dieser Trick sorgte in der Finanzkommission des Nationalrats aber für Kritik. | sda



**Bundesfinanzen.** Viehschau in Trogen. Der Nationalrat spricht den Bauern mehr Geld zu, als der Bundesrat es möchte.

FOTO KEYSTONE

## Bern | Ständerat stoppt Zuwanderungsdebatte

## Ein erster Schlagabtausch

**Der Ständerat hat am Mittwoch fast drei Stunden lang über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative diskutiert. Entscheide sind noch nicht gefallen. Über eine Auslegeordnung ist die kleine Kammer nicht hinausgekommen.**

Zur Diskussion standen drei verschiedene Konzepte. Der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller schlägt vor, dass offene Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden müssen, wenn in einer Berufsgruppe die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Nicht erfüllbare  
Erwartungen

Diese Inserate wären zunächst nur für jene Stellensuchenden zugänglich, die bei der Arbeitsvermittlung gemeldet sind. Firmen können auch verpflichtet werden, einige geeignete Stellensuchende zum Bewerbungsgespräch einzuladen. Ablehnungen müssten begründet werden. Auch weitergehende Massnahmen wären möglich, diese müssten aber mit dem Freizügigkeitsabkommen ver-

einbar sein. Einen Konflikt mit dem Zuwanderungsartikel in der Verfassung gibt es laut Müller nicht. Dieser verlange nicht die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens, sondern dessen Anpassung. Ohne Mitwirkung des Vertragspartners sei das nicht möglich. «Hier wurden nicht erfüllbare Erwartungen geweckt.» Müller pries sein Konzept als einfache, zielgerichtete Lösung. Mit der Beschränkung auf Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit wären nach seiner Einschätzung nur einige tausend Stellenwechsel pro Jahr davon betroffen, was administrativ tragbar sei.

Dort, wo sie zum Tragen kämen, seien die Massnahmen aber umso dringender: Die Schweiz könne es sich nicht leisten, dass in Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit jedes Jahr Arbeitnehmer aus dem Ausland geholt würden.

## Auf Konfrontationskurs

Für Müllers Konzept hatten sich im Vorfeld FDP und SP ausgesprochen, die zusammen im Ständerat über eine Mehrheit verfügen. Die CVP unterstützte die von ihrem Ständerat Pirmin Bischof (SO) vorgeschlagene Va-

riante. Bei Überschreitung eines Schwellenwerts will auch er eine Meldepflicht für offene Stellen. Arbeitgeber sollen verpflichtet werden können, Bewerber anzuhören und Ablehnungen zu begründen. Der entscheidende Unterschied zu Müllers Konzept liegt darin, dass das Parlament bei schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen Abhilfemassnahmen auch ohne die Zustimmung der EU beschliessen könnte. Damit will Bischof verhindern, dass Brüssel im Gesetz eine Art Veto-recht eingeräumt wird.

Im Dilemma zwischen Verfassung und Freizügigkeitsabkommen sieht er seine Lösung nahe am Verfassungsartikel, ohne aber das Freizügigkeitsabkommen zu verletzen. Es handle sich um einen Mittelweg, erklärte Bischof.

## Flirt am Abgrund

Nach Ansicht von Hans Stöckli (SP/BE) lassen sich diese beiden Elemente aber ebenso wenig zusammenfügen wie Feuer und Wasser. Dabei entstehe nur Rauch, sagte er. Andrea Caroni (FDP/AR) sprach von einem «Flirt am Abgrund». Dieser führe entweder zu Unsicherheit



**Zuwanderung.** Von links: Beat Rieder, CVP/VS, und Pirmin Bischof, CVP/SO, sprechen sich zum Ausländergesetz und der Steuerung der Zuwanderung ab.

FOTO KEYSTONE

oder zum Vertragsbruch. Der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn hielt nichts von solchen Erwägungen. «Ich will ganz einfach die vom Volk angenommene Bundesverfassung umsetzen», sagte er. Für ihn heisst das Kontingente für EU-Bürger und einen echten Inländervorang. Dass sich das nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen verträgt, ist für Föhn unerheblich. Caroni wies seinen Ratskollegen darauf hin, dass auch Föhns Lösung mit ihren

vielen Ausnahmen den Zuwanderungsartikel nicht wirklich umsetzt. Für den FDP-Ständerat führt daher kein Weg an einer neuen Verfassungsabstimmung vorbei.

Der Verfassungsartikel beauftrage den Bundesrat zwar, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln. Er sage aber nicht, was geschehe, wenn diese Verhandlungen erfolglos seien. Diese Frage müsse der Auftraggeber beantworten, also das Volk. | sda